

Auszug aus dem vorläufigen Tagesprotokoll vom 20. September 2023
Rede Hubertus Heil, **Bundesminister für Arbeit und Soziales**

„Wir begrüßen als Gast auf unserem Kongress unseren Kollegen Hubertus Heil, Bundesminister für Arbeit und Soziales. Lieber Hubertus, herzlich willkommen, und du hast das Wort. (Beifall)

Hubertus Heil, Bundesminister für Arbeit und Soziales

Moin! (Zurufe: Moin!) Ein paar Norddeutsche sind schon da. Ich sage es noch einmal: Moin! (Laute Zurufe: Moin!) Herzlichen Dank für die freundliche Begrüßung, lieber Frank.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist für euch nach den ganzen letzten Tagen, nach intensiven Debatten, nach Wahlen, nach einem wohl feurigen Abend gestern, von dem ich gehört habe, und vielleicht nach ein bisschen Mittagessen jetzt vielleicht nicht ganz leicht, noch eine Rede zu ertragen, und ich mache den schlimmsten Fehler, den ein Redner machen kann am Anfang: Ich fange an mit Zahlen. Das langweilt so richtig.

Es sind drei Zahlen, die mich wirklich beeindruckt haben:

Die erste Zahl: 92,7 Prozent. Das ist das Wahlergebnis für euren Vorsitzenden Frank Werneke. Lieber Frank, darauf kannst du stolz sein. Aber ihr könnt auch stolz sein auf euren Vorsitzenden. (Beifall)

Ich sage das nicht nur, weil es höflich ist und sich gehört, sondern auch, weil ich in den letzten 4 Jahren erlebt habe - und auch schon davor, als er noch nicht Vorsitzender war -, was Frank auf die Beine gestellt hat, um nicht nur ver.di eine starke Stimme zu geben. Ich habe ihn erlebt in den unterschiedlichsten Situationen, wo er für dieses Land Verantwortung übernommen hat. Ich bin hier nicht wahlberechtigt, aber ich kann nur eines als Niedersachsen, als Bürger, als Mensch sagen: Ihr habt richtig entschieden. Das ist ein tolles Ergebnis und eine gute Rückenstärkung für einen starken Vorsitzenden, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Die zweite beeindruckende Zahl: 140.000 neue Mitglieder. Und ich kann euch sagen: Ich bin für meine Partei ein bisschen neidisch, aber ich gratuliere euch dazu. Das ist ganz toll. (Beifall) Ich bin ja hier als Minister und nicht als SPD-Mitglied, aber man kann sich übrigens Doppelmitgliedschaften überlegen, falls das noch nicht der Fall ist. (Vereinzelt Heiterkeit)

Die dritte Zahl, die ich nennen will: 1.456 Tage. 1.456 Tage ist es her, dass der ver.di-Bundeskongress in Leipzig war und wir damals den Wechsel von Frank zu Frank hatten. Und

wenn wir uns vergegenwärtigen, was sich seitdem alles getan, ereignet und verändert hat, dann hat man manchmal das Gefühl, wir leben in einer ganz, ganz anderen Welt - und nicht in einer friedlicheren und auch nicht immer in einer leichteren.

Ich will es ansprechen - ich werde das zum Schluss auch noch mal ein bisschen deutlicher sagen: Wir müssen uns auch darüber unterhalten, was in unserer Gesellschaft, in unserem Land, in unserer Wirtschaft, aber vor allen Dingen auch in unserer Demokratie gerade los ist - übrigens auch in anderen Demokratien auf der Welt. Aber wenn wir das wollen, dann müssen - und das betrifft euch als ver.di und mich auch als Arbeitsminister - wir das immer aus der Perspektive der Arbeit tun; denn Arbeit ist für viele Menschen Broterwerb, aber es ist noch viel, viel mehr; es ist das, was unser Land voranbringt, es ist das, was unser Land auch zusammenhält.

Deshalb will ich heute über 3 Themen reden: über den Wert der Arbeit, über die Würde von Arbeit und über den Wandel von Arbeit. Denn darüber müssen wir reden, und ich will das sehr konkret tun, weil ich mich in den letzten Tagen, wenn wir über den Wert der Arbeit gesprochen haben, wirklich sehr, sehr geärgert habe, dass einige mit dem Spruch „Arbeit muss sich lohnen“ versucht haben, Menschen gegeneinander auszuspielen. (Beifall) Für mich ist ganz, ganz klar, dass Arbeit einen Unterschied machen muss. Da geht es um Leistungsgerechtigkeit und Respekt. Wenn die CDU, die der Bürgergeldhöhung im letzten Jahr übrigens zugestimmt, beim Mindestlohn aber nicht mitgemacht hat, solche Debatten führt, dann ist das weniger als redlich. Das ist unredlich, liebe Kolleginnen und Kollegen! (Beifall)

Wenn wir wirklich über den Wert von Arbeit und die Frage reden, was sich in den nächsten Jahren tun muss, damit Arbeit einen Unterschied macht und damit die Abstände der Löhne zu Sozialleistungen größer werden, dann ist der Schlüssel nicht, das Existenzminimum von Menschen herunterzurechnen - denen steht das nach der Verfassung übrigens zu -, sondern dafür zu sorgen, dass untere Einkommen entlastet werden und dass untere Einkommen in diesem Land wieder stärker steigen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist die richtige Antwort. (Beifall)

Die Leute, die die Mindestloohnerhöhung im letzten Jahr bekämpft haben, als wir auf 12 Euro gegangen sind, sind dieselben Leute, die sich klammheimlich gefreut haben, dass es dieses Mal von der Mindestlohnkommission nur eine mickrige Erhöhung gegeben hat. Und ich sage euch: Ich bin stinksauer deswegen, nicht nur, weil es so mickrig geworden ist, sondern auch, weil eine Seite da durchgezogen hat. Wenn wir den Mindestlohn weiterentwickeln wollen, dann müssen wir zum Prinzip zurückkommen, dass wir im Konsens der Mindestlohnkommission Entscheidungen haben. Ich sage aber auch: So hoch ein Mindestlohn sein kann, er kann nicht das Ende der Fahnenstange sein. Wenn wir bessere Löhne und Arbeitsbedingungen in diesem Land haben wollen, dann ist es das Wichtigste, dafür zu sorgen, dass wir wieder mehr Tarifbindung in diesem Land bekommen. (Starker Beifall)

Und ich sage euch auch: Es wird ja viel über Verteilungsfragen unter uns diskutiert, über Steuer- und Abgabenpolitik. Aber wenn die Primärverteilung schief läuft zwischen unternehmerischen Gewinnen und Löhnen, dann geht mehr in diesem Land auseinander. Und es ist schon zu viel auseinander gegangen. Noch 50 Prozent der Beschäftigten in Deutschland sind unter dem Dach eines Tarifvertrags, und man muss das leider immer übersetzen, weil in größten Teilen unseres Landes überhaupt nicht mehr klar ist, dass die meisten Rechte von Beschäftigten gar nicht in Gesetzbüchern stehen, sondern in Tarifverträgen sind.

Ich habe etwas Erschütterndes gelesen: eine Umfrage, in der junge Leute gefragt wurden: Was ist ein Tarif? Und sie dachten, es ist irgendetwas mit Handyverträgen. Ich meine es ganz ernsthaft. Wir müssen aufklären darüber, welche Wirkung das hat: Wenn nur noch knapp die Hälfte der Beschäftigten - in Ostdeutschland sind es noch weniger - tarifgebunden sind, dann ist das die Ursache dafür, dass in diesem Land etwas auseinandergeht. (Beifall) Und es ist Aufgabe von Arbeitgebern und Gewerkschaften, Tarifverträge zu machen. Das wisst ihr. Wir haben Tarifautonomie in Deutschland. Aber ich kann nicht viel damit anfangen, wenn wir Arbeitgeberverbände haben, die nur die negative Koalitionsfreiheit kennen, liebe Kolleginnen und Kollegen, und nicht begreifen, dass es auch eine positive gibt. (Beifall)

Ich will das auch ausdrücklich vor einem privaten Pflegeverband sagen, einem Arbeitgeberverband, den es gibt. Die haben einen Obersheriff, der war mal Bundeswirtschaftsminister: Rainer Brüderle. Ich kann mich an ihn erinnern. Ich war damals in der Opposition. Ich habe als SPD-Abgeordneter für den Mindestlohn gestritten bei Schwarz-Gelb. Da hat er gesagt: Mindestlohn gibt es nicht; der Staat soll sich heraushalten. Jetzt ist er Arbeitgeberverbandsmensch und sagt: Es gibt ja einen Pflegemindestlohn. Ich sage, es ist gut, dass es ihn gibt. Übrigens: Dass er stark steigt, das ist euer Verdienst in den Kommissionen. Aber noch lieber wäre mir mehr Tarifbindung in der Altenpflege und die Möglichkeit, einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag zu haben. (Beifall)

Es ist vornehmend eine Aufgabe von Gewerkschaften und Arbeitgebern. Und ich muss jetzt mal eines beichten: Ich habe ja ein buntes Leben als Minister. Ich war gestern Abend beim Parlamentarischen Abend der Deutschen Wirtschaft - BDA, DIHK und BDI -, und ich habe denen gesagt: Ich rede heute nicht anders als gestern. Aber diesen Punkt will ich machen, explizit hier auch mit einem schönen Gruß: Für mich als Vertreter der Bundesregierung als Staat mache ich mir, wenn wir das nicht hinkommen haben, nicht einmal bei der Lohnfrage sorgen, sondern wenn die Wirtschaft und die Arbeit sich wandeln und wir nicht Tarifbindung haben, dann kann man Wandel nicht aushandeln. Und dann wird der Ruf nach dem Staat, Dinge mit Gesetzen zu regulieren immer größer, und dann beklagen sich dieselben Leute über zu viel Bürokratie, weil wir eingreifen müssen, und manchmal schaffen wir das gar nicht mit Gesetzgebungen.

Es ist auch eine staatsentlastende Funktion für eine soziale Marktwirtschaft. Das muss man denen sagen, dass wir wieder mehr Tarifbindung haben. Aber da wir jahrelang erlebt haben, dass das jeder in Sonntagsreden sagt, wenn über Sozialpartnerschaft gesprochen wird, es sich aber anders entwickelt hat, dann sage ich jetzt auch: Wir werden als Staat nicht mehr tatenlos zugucken, dass das so weitergeht. Und deshalb werde ich in wenigen Tagen - übrigens gemeinsam mit Robert Habeck, der nachher kommt - ein Tariftreue- und Tarifstärkungsgesetz in Deutschland vorlegen, und ich will euch auch sagen, was darin ist. (Beifall)

Wir werden mit dem Gesetz dafür sorgen, dass öffentliche Aufträge des Bundes an Tarifbindungen und an tarifliche Bezahlungen und Arbeitsbedingungen gekoppelt werden. Wir werden zudem dafür sorgen, dass Gewerkschaften - endlich auch ihr - nicht nur ein physisches Zugangsrecht zu Unternehmen bekommen am schwarzen Brett, sondern auch ein digitales Zugangsrecht. (Beifall) Und wir werden auch dafür sorgen, dass es übrigens eine stärkere Nachwirkung von Tarifverträgen gibt bei Unternehmen, die sich da herauschachteln und Tariffucht begehen. Ich finde, das ist hoch geboten (Beifall). Und ich sehe jetzt schon, wie einige mit Schaum vor dem Mund davon reden werden, das ist übergriffig. Ich kann noch einmal sagen: Ich achte die Tarifautonomie. Wir sind froh, dass wir in Deutschland mit Verfassungsrang die Möglichkeiten haben, in Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften zu sein und Tarifverträge zu machen.

Aber ich kann nur sagen: Wenn wir das weiter auseinanderrasseln lassen, dann geht mehr zu Bruch als der Lohnabstand. Dann geht gesellschaftlich etwas auseinander, und deshalb einen Satz noch mal zu dieser Debatte: Mein Ziel ist nicht, dass alle Menschen im Bürgergeld sind; im Gegenteil: wir müssen mehr Menschen da herausholen. Aber so zu tun, als seien alle, die im Bürgergeld sind, faule Menschen, wie es einige tun, und zu ignorieren, dass 20 Prozent derjenigen, die Bürgergeld beziehen, arbeitende Menschen sind, bei denen der Lohn zu niedrig ist, und die Teilzeitfalle bei Frauen vor allen Dingen zuschnappt: Das ist unredlich. (Beifall)

Das ist unredlich, und das Schlimme ist: Die wissen das auch, die, die das machen. Aber sie nehmen es in Kauf. Die Leute, die sonst kein Herz für fleißige Leute im Niedriglohnbereich haben, entdecken auf einmal ihr Herz, indem sie Gruppen gegeneinanderstellen. Das ist das, was wir von Rechtsradikalen kennen. Aber ich sage für Demokraten und auch für die demokratische Opposition: Das gehört sich nicht. Lasst das bleiben! Es nützt niemandem an dieser Stelle. Es nützt niemanden. (Beifall)

Deshalb müssen wir etwas tun für bessere Löhne, aber wir müssen auch etwas für die Würde der Arbeit tun. Und das ist mein zweiter Punkt. Ich will es an drei kurzen Beispielen

sagen, die mich in den letzten Tagen wirklich bewegt haben. Zum einen sind hier Kolleginnen und Kollegen aus dem Post-Bereich auch aus meiner Heimat aus dem Wahlkreis Gifhorn-Peine (Beifall), und nachher kommt ja Robert Habeck. Das Thema Postgesetz bewegt viele jetzt an dieser Stelle. Für mich als Arbeitsminister ist es wichtig, dass wir, nachdem wir einen Anlauf unternommen haben, vor allen Dingen im Bereich der Paketdienste die Kolleginnen und Kollegen ein bisschen besser vor Ausbeutung durch Schmutzkonzurrenz schützen. Das ist das Paketbotenschutzgesetz, was wir damals gemeinsam gemacht haben, wo wir wenigstens die Nachhaftung von Sozialversicherungsbeiträgen bei Subunternehmern geregelt haben. Aber das greift zu kurz.

Ich will, dass wir zwei Dinge jetzt machen. - Erstens, dass wir dafür sorgen, dass wir nicht nur im Bereich der Briefpost über die Bundesnetzagentur Lizenzen haben, sondern auch bei den Paketdiensten (Beifall), um damit übrigens auch die Möglichkeit zu schaffen, dass diejenigen, die chronisch gegen Arbeitsrecht verstoßen, im Zweifelsfall als Unternehmen die Lizenz zum Paketausliefern auch verlieren können. Das ist für mich wichtig. (Beifall) Und wir müssen auch über physischen Arbeitsschutz reden. Denn so schön das ist, dass immer mehr Menschen so bequem einkaufen können: Es sind immer noch keine Flugdrohnen, die die Pakete nach Hause schleppen. Es sind Menschen, die schwere Pakete zum vierten, fünften Stock schleppen; schwerste Pakete; jeden Tag. Und deshalb - einige haben sich darüber lustig gemacht - haben wir gesagt: Wir wollen, dass geregelt ist und auch klar nachvollzogen werden kann, dass wir durch Arbeitsschutzverordnungen auch dafür sorgen, dass niemand mehr alleine ein Paket schleppen muss, das schwerer als 20 Kilo ist. Das ist schon verdammt heftig. Da müssen dann mehrere ran, und das ist auch richtig so. (Beifall)

Arbeitsschutz, über den haben sich viele in der Vergangenheit lustig gemacht. In der Coronazeit hat sich gezeigt, wie wichtig Arbeitsschutz ist. Das Prinzip muss sein, dass Arbeit nicht krankmachen darf, und da haben wir viele Erfolge in der Vergangenheit gehabt. Aber wir haben noch viel zu tun. Und das gilt übrigens auch bei vermeintlich modernen Unternehmen. Ihr habt heute Morgen, glaube ich, TikTok-Kollegen zu Gast gehabt, die über den Wert von Mitbestimmung gesprochen haben. Aber das, was viele hier auf diesem Kongress zeitgleich bewegt hat, ist ein Arbeitsrechtsurteil aus Niedersachsen, bei einem Kollegen aus Verden bei Amazon, den ich kenne. Ich kann und darf aus rechtlichen Gründen das Urteil nicht bewerten; ich kenne das Urteil nicht in der Begründung, und ich weiß auch, dass es möglicherweise noch nicht rechtskräftig ist. Aber ich kann euch eines sagen: Wir werden in diesem Land mehr tun müssen gegen das, was neudeutsch - schön englisch - Union Busting genannt wird, und ich will auch sagen, wie wir das machen. (Beifall)

Ich bin froh, dass wir das übrigens im Koalitionsvertrag haben. Es ist heute schon ein Straftatbestand, die Gründung und Arbeit eines Betriebsrats zu unterdrücken. Aber ihr alle wisst es viel besser: Es gab kaum Verfahren vor Staatsanwaltschaften. Warum? Weil die Kolleginnen und Kollegen, die das erlebt haben, uns sagen: Macht es bitte nicht so öffentlich, denn wir haben Angst, was dann mit uns passieren kann. Es ist, juristisch gesprochen, ein

Anzeigedelikt. Wir werden dafür sorgen, dass es ein Offizialdelikt wird. (Beifall) Das heißt, die Kenntnisnahme einer Strafverfolgungsbehörde muss zu Ermittlungen führen, an dieser Stelle. Wir müssen auch dafür sorgen, dass die Länder Schwerpunktstaatsanwaltschaften einsetzen, denn das ist eine Straftat, und die muss verfolgt werden. (Anhaltender Beifall)

Und das dritte Beispiel, was mich dieser Tage, gerade heute, bewegt, und falls er mich hören kann, grüße ich den Kollegen Tiny ganz herzlich. Wo ist er? - Grüß dich! Was mich wirklich berührt hat, ist die wahnsinnig - ich kann es nicht so höflich sagen - beschissene Situation, die einen Ausdruck findet in einem Streik und seit heute auch in einem Hungerstreik von Kolleginnen und Kollegen aus Mittel- und Osteuropa auf der hessischen Raststätte Gräfenhausen. Das gab es schon einmal. Da sind Menschen ausgebeutet worden. Das sind Menschen, die fahren hier und arbeiten hier fleißig. Das sind Menschen, die unter widrigsten Bedingungen arbeiten, die um ihren Lohn beschissen werden. Übrigens fand ich es gut, dass viele Solidarität gezeigt haben. Wir unterstützen als Bundesarbeitsministerium die Kolleginnen und Kollegen auch finanziell, damit faire Mobilität stattfinden kann. Das ist die Beratung in Landessprache durch euch, durch eure Kolleginnen und Kollegen. Deshalb habe ich Tiny angesprochen. Ich wollte mich einmal bedanken bei all denjenigen Gewerkschaftern, die diesen Job machen. Das ist verdammt wichtig, dass ihr Menschen über ihre Rechte aufklärt. (Beifall)

Und ich fand es gut, dass auch viele aus der Politik dahingefahren sind und mit den Kolleginnen und Kollegen geredet haben. Letzte Woche mein Parteivorsitzender Lars Klingbeil, und vor geraumer Zeit schon der rheinland-pfälzische Arbeitsminister Alexander Schweitzer. Vor Kurzem hat sich der EU-Kommissar Nicolas Schmit mit Vertretern der Kollegen da getroffen. Wen ich übrigens nicht gesehen habe, ist irgendein Vertreter der hessischen Landesregierung, obwohl es in Hessen ist. Das will ich einmal sagen. Ich finde, man kann nicht die Augen zumachen. Man muss sich dann auch mal blicken lassen, an dieser Stelle. (Beifall) Ich meine, da muss der Arbeitsminister aus Rheinland-Pfalz kommen - die haben auch einen eigenen.

Aber das ist nicht die Lösung. Die Lösung ist, dass wir da nicht einfach tatenlos zugucken. Nun ist dieser Fall besonders verflochten, aber zeigt auch ein Dilemma, was wir in Europa haben. Für die, die den Fall nicht kennen: Es geht um ein polnisches Speditionsunternehmen, das in Warschau sitzt, das mit Fahrern nicht nur aus Polen, nicht nur aus Ländern der EU hier bei uns fährt, und zwar für große deutsche Unternehmen, und bei denen wir es nicht ganz hinkriegen, sie am Schlafittchen zu packen, weil das nach polnischem Recht läuft. Das ist der Grund, warum ich übrigens heute mit der Arbeitsministerin in Warschau Kontakt aufgenommen habe, damit die sich da auch kümmern.

Aber wir haben noch einen anderen Weg gefunden, und das klingt wie ein Umweg. Wir haben ein Lieferkettengesetz in Deutschland. Das soll dafür sorgen, dass sich große Unternehmen in globalen Lieferketten um die Frage der Einhaltung von Menschenrechten kümmern und auch von elementaren Arbeitnehmerrechten. Und ich habe das Bundesamt für Ausfuhrkontrolle, das dem nachhalten soll, jetzt gebeten, mit den deutschen Großunternehmen Kontakt aufzunehmen, die Kunden dieser polnischen Spedition sind, damit sie sich kümmern an dieser Stelle. Das zeigt übrigens, wie wichtig dieses Lieferkettengesetz ist. (Beifall) Das zeigt, wie wichtig dieses Thema ist.

Wenn ich gestern Abend das Thema Lieferkette diskutiert habe, am Abend der Wirtschaft, dann haben die immer gesagt: Bürokratie. Ich sage mal, man kann mit mir darüber reden, dass das in den ganzen Berichten unkomplizierter wird. Das Beste ist übrigens, wenn man eine europäische Lösung für das Ganze hinbekommt und wir nicht nur ein deutsches Gesetz haben. Das ist auch gut für fairen Wettbewerb und für anständige Arbeitgeber, an dieser Stelle. Aber die Frage von Menschenrechten ist keine Frage der Freiwilligkeit, sondern es muss klar sein, dass wer global Gewinne macht, auch global in Lieferbeziehungen Verantwortung für Menschenrechte - gegen Kinderarbeit und gegen Ausbeutung - übernehmen muss. Das ist ein Gebot der Vernunft in diesem Land. (Beifall)

Ich will zum Dritten ein Thema ansprechen, das mit dem Wandel der Arbeit zu tun hat. Das hat euch auf diesem Kongress besonders beschäftigt. Der Wandel der nächsten Jahre wird von zwei Ds geprägt sein, oder von dreien, die wir inzwischen alle kennen. Jede Buzz-Word-Veranstaltung kommt nicht drum herum, über Demografie, Dekarbonisierung und Digitalisierung zu reden. Ich übersetze das mal für mich, als Junge aus Peine. Nach allem, was wir wissen, wird uns die Arbeit wahrscheinlich nicht ausgehen. Aber die anstrengende Nachricht ist: Sie wird sich verdammt verändern in vielen Bereichen, und das tut sie jetzt schon. Demografisch wird über Arbeits- und Fachkräftemangel viel gesprochen. Die Wahrheit ist: Das ist erst einmal nicht Entwicklung der Demografie, sondern liegt auch daran, dass wir keine Massenarbeitslosigkeit mehr haben wie in der Form wie vor 20 Jahren.

Aber das Problem kommt. Denn wir haben einen demografischen Aufbau, der so aussieht, dass die geburtenstarken Jahrgänge, die Babyboomer - hallo, Frank Bsirske, er kann ja auch nichts dafür, aber ich mache es an unserem Beispiel fest: Frank ist in den frühen 50ern geboren; ich bin 1972 geboren. Und zwischendurch war etwas: Da ist die Pille erfunden worden. Das wächst sich jetzt so demografisch durch.

Die Aufgabe ist übrigens riesig: Die Bundesagentur für Arbeit hat mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung berechnet, wie viele Arbeitskräfte und Fachkräfte wir bis 2035 ersetzen müssen, um das hinzubekommen. Die Zahl ist erschreckend hoch. Es sind sieben Millionen. Ich will das nicht ausbuchstabieren, aber wir werden dazu alle Register ziehen müssen. Die Dinge sind auch ganz praktisch: Wenn wir über Arbeits- und Fachkräftemangel klagen und 1,7 Millionen Menschen zwischen 20 und 29 ohne

Berufsausbildung haben, dann geht uns da etwas verloren. Das ist schlimm für die jungen Leute. Das ist aber auch schlimm für die Arbeits- und Fachkräftesicherung. Deshalb brauchen wir Berufsorientierung stärker an allen Schulformen, übrigens auch an Gymnasien, in diesem Land. Und wir haben mit der Ausbildungsgarantie, für die die Gewerkschaftsjugend immer gekämpft hat, Instrumente geschaffen, um da besser zu werden, liebe Kolleginnen und Kollegen! (Beifall)

Weiterbildung gehört dazu: dass die Beschäftigten von heute die Chance haben, die Arbeit von morgen zu machen, gerade in der Transformation. Frauenerwerbsbeteiligung ist ein Thema; Beschäftigungsfähigkeit, auch von erfahrenen Kolleginnen und Kollegen, sowie deren Gesundheit. Aber eine Antwort werden wir nicht geben, nämlich das gesetzliche Rentenalter anzuheben, weil das für die meisten Leute nicht mehr Arbeit, sondern nur eine Rentenkürzung wäre. Das sage ich auch an dieser Stelle: Wir brauchen flexible Übergänge. (Beifall) Wir brauchen flexible Übergänge, aber keine stumpfe Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters. Mir fällt auf, dass diejenigen, die jetzt über 68, 69 und 70 philosophieren, das für sich vielleicht realisieren können, aber es ist lebensfremd und ungerecht. Die werden das wieder schreiben, wenn wir jetzt im Herbst Rentendebatten haben werden. Das ist die falsche Antwort.

Die Zahl der Kolleginnen und Kollegen zwischen 60 und 64, die arbeiten, ist übrigens massiv gestiegen in den letzten Jahren, gegen alle Gerüchte. Jetzt schimpfen sie alle über die Rente mit 63, die es schon lange nicht mehr gibt. Es ist jetzt 64, demnächst 65, nach 45 Versicherungsjahren. Aber ich finde, wer 65 Jahre ist und 45 Jahre gearbeitet hat, der muss auch abschlagsfrei in Rente gehen können in diesem Land. Und dabei bleibt es auch, liebe Kolleginnen und Kollegen! (Beifall)

Ich will nicht nur über Wert, Würde und Wandel der Arbeit mit euch sprechen. Ich will auch zum Schluss über die Demokratie mit euch sprechen, denn das ist der weiße Elefant im Raum, dass wir alle das Gefühl haben, dass im Moment in dieser Gesellschaft etwas los ist. Es gibt einen Soziologen, Steffen Mau, der untersucht hat, an welchen Punkten man Gesellschaft spalten kann. Man kann das bei sozialen Fragen, indem man Gruppen gegeneinander aufhetzt - ich habe es vorhin gesagt: Bürgergeldbeziehende gegen Menschen mit geringem Einkommen. Oder man macht die mühevolle Arbeit, die sozialen Fragen tatsächlich so zu lösen, dass Menschen aus der Arbeitslosigkeit herauskommen, dass wir Lohnabstand durch eine bessere Lohnentwicklung haben. Das ist anstrengender und vielleicht nicht so schlagzeilenträchtig in den rechten Medien, aber es ist der richtige Weg, um eine Gesellschaft zusammenzuhalten. Man kann eine Gesellschaft spalten, indem wir uns über unsere Lebensstile belehren. Es ist übrigens nicht die wichtigste Frage. Aber mir fällt auf, dass sich wahnsinnig viele Menschen aufregen, ob man gendert oder nicht. Ehrlich gesagt: Wir müssen uns in der Vielfalt und Unterschiedlichkeit in unserer Gesellschaft einfach einmal akzeptieren, aushalten und respektieren: Jeder darf gendern, niemand muss gendern in dieser Gesellschaft. Das ist aber auch wirklich nicht die wichtigste Frage; es ist eine Frage von Toleranz und Respekt, dass wir so miteinander umgehen. (Beifall)

Man kann Generationen gegeneinander aufhetzen, zum Beispiel in der Rentenpolitik, indem man Jung gegen Alt gegeneinander ausspielt, oder man kann dafür sorgen, dass das Rentenniveau für alle stabil bleibt, nicht nur für eine Generation.

Wir können diese Gesellschaft spalten über Klimafragen. Ich bin froh - ihr habt heute, glaube ich, noch Fridays for Future auf der Tagesordnung -, dass ihr im Dialog mit einer vor allem jungen Generation seid, die tatsächlich dem menschengemachten Klimawandel stärker entgegentreten will, als wir das bisher getan haben. Das ist das Richtige für unsere Gesellschaft. Aber ich bin nicht froh, wenn wir uns spalten zwischen Klimaleugnern von rechts und Leuten, die sich festkleben und die Leute gegeneinander aufbringen. Das löst nicht die Frage, wie wir die Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft tatsächlich zur Klimaneutralität bringen. Das ist anstrengender: Da geht es um Infrastrukturen, da geht es um erneuerbare Energien, da geht es um Wasserstoff und vieles andere mehr. Das ist anstrengender, aber es ist der vernünftige Weg. (Beifall)

Ich will auch ansprechen: Wir können uns als Gesellschaft auch über Migrationsfragen zerlegen. Das ist ganz leicht, solche Reden zu halten, um die Gesellschaft auseinanderzubringen. Die Wahrheit ist: Wir müssen die Dinge sortieren. Wir haben eine verfassungsrechtliche Verpflichtung und eine historische Verpflichtung, politisch Verfolgten Schutz zu geben. Das steht im Grundgesetz. Und wir haben auch eine Verpflichtung, Menschen, die vor Krieg fliehen, Schutz zu geben. Es ist aber auch richtig, dass wir irreguläre Migration herunterbringen müssen, vor allen Dingen deshalb, damit nicht Schleuser Geld damit verdienen, Menschen im Mittelmeer eraufen zu lassen. Das ist eine europäische Aufgabe. Die ist nicht leicht. Und wir brauchen ergänzend auch noch qualifizierte Arbeits- und Fachkräfteeinwanderung. Es ist nicht so leicht, das zu sortieren. Aber es ist besser, als diese Gesellschaft in Migrationsfragen zu spalten, wie das die von ganz rechts tun an dieser Stelle, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall)

Warum sage ich das? Weil diese große Aufgabe, unsere Demokratie stark zu halten, besonders anstrengend ist, weil viele Menschen über die Krisen und Veränderungen der letzten Jahre zutiefst verunsichert sind, weil uns die Corona-Pandemie noch in den Knochen steckt, weil Krieg und Fluchtbewegungen diese Gesellschaft herausgefordert haben, gerade im letzten Jahr; weil Inflation ein großes Thema ist. In dieser gesellschaftlichen Stimmung geht es darum, dass wir menschlich und vernünftig bleiben, und das ist eine Aufgabe für alle Demokratinnen und Demokraten, auch in der Bundesregierung. Ich sage das als Teil dieser Bundesregierung, die auch einen besseren Beitrag leisten kann, indem sie sich nicht immer auf öffentlicher Bühne so streitet. Das verunsichert Leute auch. Das sollten wir nicht machen. Es ist unser Beitrag, Probleme zu lösen und sich hinzusetzen. (Beifall)

Das gilt aber auch für Demokratinnen und Demokraten der Gesellschaft, auch in der Wirtschaft, und natürlich auch für euch. Aber euch muss man darüber nicht belehren, weil ihr Demokratie in der Arbeitswelt seid. Und dafür bin ich euch zutiefst dankbar. Lasst uns dafür sorgen, dass dieses Land nicht auseinanderfällt, sondern nach vorne kommt. Lasst uns dafür sorgen, dass über dieses Land nicht so schlecht geredet wird, bei allen Problemen, die

wir wirklich bewältigen müssen; und wir haben eine ganze Menge zu erledigen. Aber wir sind nicht der kranke Mann Europas, sondern Deutschland braucht ein Update in vielen Bereichen. Die, die das erzählen, dass wir der kranke Mann Europas sind, die haben politisch eine ganz, ganz andere Agenda. Die reden dieses Land, auch die öffentlichen Dienste zum Beispiel, so krankenhausreif, um sich als Notarzt anzubieten. Das ist keine vernünftige Politik, das bringt die Gesellschaft nicht voran, liebe Kolleginnen und Kollegen, sondern wir müssen die Probleme miteinander lösen. Wir müssen die Gesellschaft zusammenhalten. (Beifall)

Und das ist meine Bitte an euch: Ich werde nicht immer alles durchsetzen können, was ver.di beschließt. Das wisst ihr. Ich bin von vielem aber überzeugt, und ich habe ein paar Themen angesprochen. Aber ich will euch einen Gedanken noch da lassen, der vielleicht nicht so einer ist, wo man richtig Applaus bekommt, aber mir ist der wichtig. Man braucht eine klare Haltung und Überzeugung. Die hat Frank, wenn er für eure Themen kämpft, die habt ihr alle. Aber man darf in der Demokratie niemals „Kompromiss“ für ein Schimpfwort halten. Es geht immer auch um Interessenausgleich in der Demokratie. Keiner kriegt das Absolute. (Beifall)

Ich wollte euch aber einfach sagen: Auf eines könnt ihr euch verlassen, nämlich dass ich für möglichst gute Kompromisse und Lösungen kämpfen werde, und nicht für faule. Ganz herzlichen Dank für die freundliche Aufnahme. Euch alles, alles Gute, einen guten Kongress, viel Kraft noch bis Freitag - so viel Sitzfleisch, mein Gott -, und ein bisschen Spaß noch. Alles Gute! - Danke. (starker Beifall)

*Zum Ende der Rede positionieren sich Gewerkschafter*innen aus den Kitas vor der Bühne; ihre gelben Westen tragen die Aufschrift „Gemeinsam stark für gute Kitas“. Im Saal wird außerdem ein Plakat entrollt, auf dem „Gleiche Rechte für kirchliche Mitarbeiter*innen“ gefordert wird.*

Felix Koop, Kongressleitung

Vielen Dank, Hubertus. (Stehende Ovationen, anhaltender Beifall, rhythmisches Klatschen) - Frank, bitte.

Frank Werneke, ver.di-Vorsitzender

Lieber Hubertus! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Hubertus, vielen Dank für deine Worte. Du hast ja ein bisschen etwas zur Zusammenarbeit in den letzten vier Jahren gesagt. Die war vor allen Dingen in der Zeit um 2020 von unendlich vielen Krisenrunden geprägt, in denen wir zusammen waren, in denen es um das Kurzarbeitergeld und ähnliche Dinge gegangen ist. Aber ich will hervorheben - und das ist keine Selbstverständlichkeit und keinesfalls verbreitet in der Bundesregierung -: Du bist der Minister, der mit den Gewerkschaften regelmäßig den strategischen Austausch sucht, wo wir Kontroversen austragen, und wo du auch absolut akzeptiert, wenn wir manchmal einer Meinung sind, aber auch nicht immer.

Hubertus, wir sind gerade in dem Sachgebiet Arbeitswelt und haben Themen behandelt wie die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung, das Thema des Befristungswahnsinns an den Hochschulen, aber auch verbesserte Regelungen zur mobilen Arbeit. Ich weiß, du hast nicht immer in der Koalition Mehrheiten, aber an der Stelle gibt es keine Differenzen zwischen uns.

Ich will kurz drei Punkte ansprechen, die uns bewegen und wo ich einfach noch einmal einen Akzent setzen möchte, wo wir vielleicht auch nicht ganz einer Meinung bin. Ich fange mit dem Thema U-25 an, also der Arbeitsförderung für Menschen unter 25 Jahren. Wir sind jetzt in der Situation, dass im Rahmen der Haushaltsberatung der Vorschlag auf dem Tisch liegt, das ins SGB-III zu verlagern, was nichts anderes bedeutet, dass es in die Beitragsleistung geht, ohne dass dadurch automatisch die Qualität verbessert wird. Dies, lieber Hubertus, ist etwas, was wir in den Haushaltsberatungen kritisch begleiten werden. Mach' dich darauf gefasst; du weißt es aber bereits aus Gesprächen. Meine herzliche Bitte ist, dass im Rahmen der Haushaltsberatungen dort noch einmal eine Veränderung stattfindet. (Beifall)

Ich bin sehr dankbar - und wenn Robert Habeck gleich bei uns ist, werde ich das auch noch einmal sagen -, dass jetzt endlich das Gesetz zur Stärkung der Tarifbindung auf den Weg kommt, und das wird sicherlich kein leichter Gang werden in der weiteren Abstimmung in der Koalition. Das ist mir vollständig klar. Wir sind uns auch, glaube ich, darüber einig, dass wir, auch wenn dieses Gesetz kommt, immer noch weit entfernt vom Ziel der 80 Prozent Tarifbindung sind, wie es jetzt in der EU verabredet und beschlossen wurde. Auf dem Weg dahin ist dieses Gesetz aber ohne Zweifel ein wichtiger Schritt, und es kommt deshalb auch darauf an, wie es wirkt. Ich will daher zwei Dinge nennen, die uns dabei wichtig sind. Wir brauchen eine Wirkung für einen breiten Bereich der Aufträge, die im Bereich des Bundes liegen. Und das sind eben nicht nur die Aufträge von Bundesbehörden, sondern hier will ich insbesondere die Bundesagentur für Arbeit nennen. Ich weiß, dass das auch deine Position ist. Es wird starke Widerstände hervorrufen. Du hast uns da an der Seite. Es ist ein ganz, ganz wesentlicher Punkt, damit dieses Gesetz auch tatsächlich wirkt.

Letzter Punkt, gesetzlicher Mindestlohn: Ich weiß, dass wir gemeinsam der Auffassung sind, dass die Empfehlungen, die jetzt gegen die Stimmen der Gewerkschaften in der Mindestlohnkommission beschlossen wurden, unzureichend sind. Und ich weiß auch, dass deine unmittelbaren Möglichkeiten als zuständiger Minister begrenzt sind. Die Frage ist ja: Welche Perspektive entwickeln wir eigentlich gemeinsam? Aus unserer Sicht ist es dringend notwendig, das Mindestlohngesetz zu verändern. Es darf keine Empfehlungen der Mindestlohnkommission geben, die unter den Vorgaben der EU-Mindestrichtlinie liegen. Und das heißt aktuell: 14 Euro. (Beifall) Und es darf nicht weiter vorkommen, dass einfach überstimmt wird und dann dieses überstimmte Ergebnis die Handlungsgrundlage ist. Deshalb treten wir dafür ein, dass es eine grundlegende Reform dieses Mindestlohngesetzes gibt.

Herzlichen Dank, lieber Hubert, für dein Hiersein. Wenn du noch einmal reagieren möchtest
- auf jeden Fall. (Beifall)

Hubertus Heil, Bundesminister für Arbeit und Soziales

Nein, ich werde keine weitere Rede halten, aber ich habe von hier gerade ein paar
Hausaufgaben mitbekommen. Lass uns darüber im Gespräch bleiben, bei allen drei Themen,
die du angesprochen hast. Ich wollte einfach nur Tschüss sagen. Ihr habt noch viel vor.
Danke euch ganz herzlich! - Danke. (Beifall)“